

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 64 (1970)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Mitbestimmung  
**Autor:** Marti, Kurt  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-141757>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Dieses Zitat spricht eine deutliche Sprache. Wem es nicht genügt, mag das ganze Flugblatt lesen. Die Initiative Schwarzenbach entspringt offenbar dem Gedanken- und Empfindungsgut der äussersten Rechten. Dies gilt auch dann, wenn der Initiant heute in Vorträgen und Diskussionen seine Auffassung mit sachlich anmutenden Argumenten verteidigt. Er bedient sich eben der Mittel, die helfen, heute also der Statistiken.

Die Wirtschaft bekämpft die Initiative nicht wegen der soeben geschilderten Motive, sondern wegen der Folgen, die eine starke Reduktion der Gastarbeiter für sie zeitigen würde. Sie will produzieren, solange Nachfrage besteht; bei steigenden Absatzmöglichkeiten sucht sie, das Angebot zu steigern. Dabei befinden wir uns ja seit langem in einer Phase, die dadurch gekennzeichnet ist, dass neue Bedürfnisse künstlich geschaffen werden. Der Mensch, der diese Bedürfnisse befriedigt, wird der jungen Generation als Leitbild vor Augen gehalten.

Auch wenn wir uns gegen Schwarzenbach ausgesprochen haben, ihn aber nicht mit den Argumenten der Wirtschaft bekämpfen, bedeutet das nicht, dass man den Dingen ihren Lauf lassen soll. Ganz andere Überlegungen lassen es als geboten erscheinen, die Zahl der ausländischen Arbeiter zu beschränken. An erster Stelle fällt hier sicher die Belastung unserer Infrastruktur ins Gewicht.

Richtlinie für ein Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Entwicklungen hat allein das Wohl der Allgemeinheit zu sein. Hier ist zu sagen, dass eine rücksichtslose Steigerung der Produktion und eine — durch unsere Gastarbeiter verursachte — Belastung der Infrastruktur sich für die ganze Bevölkerung negativ auswirken können. Nur in diesem Sinne ist eine Beschränkung der ausländischen Arbeitskräfte sinnvoll, die auch von der Regierung, unabhängig von Schwarzenbach, angestrebt wird.

*Felix Poggolini, stud. phil. I*

## Mitbestimmung

Ich bin der festen Überzeugung, dass das Fremdarbeiterproblem nie das heutige Ausmass angenommen hätte, wenn es in unserer Industrie eine wirksame Mitbestimmung der Arbeiter geben würde, eine Mitbestimmung also, die sich auch auf Produktion und Planung erstrecken würde. Die Arbeiterschaft hätte bestimmt die Expansion nicht so unbesehen und ohne Rücksicht auf die Probleme der Infrastruktur und der Mitmenschlichkeit überhaupt vorantreiben helfen, wie es mittels des während vieler Jahre hemmungslos betriebenen Zuzugs von Fremdarbeitern geschehen ist. Die Arbeiterschaft hätte diese Entwicklung im eigenen Interesse mindestens gedrosselt.

Aber eben: Demokratie und Mitbestimmung kennen wir nur im politischen, nicht aber im ökonomischen Bereich. Jetzt haben wir die Folgen dieser Beschränkung der Demokratie zu tragen.

Was ist in dieser Lage die Aufgabe der Kirche? Ich meine, dass die evangelisch-reformierte Kirche des Kantons Aargau ein Beispiel gegeben hat, das jetzt unbedingt Schule machen und andere Landeskirchen «anstecken» müsste. Letzte Jahr stimmte nämlich das aargauische Kirchenvolk dem Vorschlag zu, ausländischen Glaubensgenossen, die im Aargau wohnhaft geworden sind, das volle Stimm- und Wahlrecht zu erteilen. Damit wurde den Ausländern die Mitbestimmung zuerkannt und gleichzeitig demonstriert, dass christlicher Glaube, mithin auch die Kirche, nicht eine kantonale oder nationale Sache ist, sondern eine Kraft, die Menschen verschiedener Herkunft und Nationalität in eine gemeinsame Bewegung und Solidarität versetzt.

Die aargauische Kirche hat so, bei sich selber anfangend, ein exemplarisches Zeugnis *für* die Ökumenizität des christlichen Glaubens und Lebens abgelegt. Es ist zugleich ein Zeugnis *gegen* den Ungeist des Zivilverteidigungsbuches, das vor allem «Fremden» nur warnen und Kirche nur gerade als Element der «geistigen Landesverteidigung», als Institution zur Pflege «schweizerischen Geistes» verstehen kann. Dass die Entscheidung des Aargauer Kirchenvolkes auch ein Zeugnis gegen die Ideen des Herrn Schwarzenbach – der, bezeichnenderweise, dem Zivilverteidigungsbuch begeistert zugestimmt hat! – war, versteht sich von selbst und lässt hoffen.

Welche Kirche macht es als nächste der aargauischen nach?

*Kurt Marti*

## Wir haben Arbeitskräfte bestellt, und es kamen Menschen

*Die Fremdarbeiter und der Internationale Zivildienst (SCI)*  
Forum an der Jahresversammlung — Gwatt, 8. März 1970

### *Resolution*

- « 1. Die Teilnehmer der Jahresversammlung wollen sich aktiv für die Be seitigung von Vorurteilen, sozialen Ungerechtigkeiten und politischen Diskriminierungen gegenüber unseren Mitmenschen, gleichgültig welcher Herkunft und Nationalität, einsetzen.
- 2. Mit Besorgnis stellen sie fest:
  - a) dass etwa ein Drittel aller Arbeitskräfte der Schweiz schweren Benachteiligungen ausgesetzt ist, insbesondere:
    - werden ihnen fundamentale bürgerliche Rechte und die Gleichberechtigung in gewerkschaftlicher Hinsicht vorenthalten;
    - Behördenwillkür gegenüber sind sie ungeschützt;
    - haben sie verminderter Anspruch auf berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, Familie, Wohnung, Wahl der Arbeit;
  - b) dass sich ausländerfeindliche Kräfte breitmachen, wobei wir die Überfremdungsinitiative Schwarzenbachs und ihre Begleiterscheinungen lediglich als Symptome auffassen. Zum Glück rufen Hetzkampagnen auch zu verantwortungsbewusster Besinnung.